Antrag

der Abg. Thöny MBA und Mösl MA betreffend die Teuerung und mögliche Maßnahmen
im Salzburger Sozialunterstützungsgesetz

„Von zehn Giftzähnen, sind drei gezogen, das entlastet - tut aber immer noch sehr weh, besonders Kindern, Menschen mit Behinderungen und Personen mit Wohnungssorgen“, kommentierte das Netzwerk Armutskonferenz die im April 2022 präsentierten Reparaturen des Sozialhilfegesetzes. Weiter sprechen sie von zu wenig zum Wohnen, zu wenig zum Leben - sieht man die Teuerungswelle noch als zusätzliche Problematik. Wie soll es weitergehen, wenn man die Fachleute in diesen Bereichen nicht wahrnimmt.

Es beginnt damit, dass sich schon die Jüngsten mit der Kinderarmut auseinandersetzen müssen und endet bei den Pensionistinnen und Pensionisten, die in die Altersarmut schlittern. Viele Alleinerziehende schauen, dass sie sich über Wasser halten und Familien fragen sich, wie es weitergehen soll. Die aktuelle Teuerung bei den täglichen Bedarfen wie Wohnen, Energie oder Lebensmitteln verschärft die Situation vieler Menschen.

Wesentlich ist daher, das Salzburger Sozialunterstützungsgesetz armutsfest auszugestalten und alle Spielräume, welche das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz gibt, auch zu nutzen. Maßnahmen die hier gesetzt werden, dienen vor allem der Reduzierung von Kinderarmut.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. zur Absicherung des Wohnbedarfs (inklusive der Energiekosten), die tatsächlichen ortsüblichen Wohnkosten zu übernehmen;
2. Sonderzahlungen für armutsgefährdete Kinder, deren Familien Sozialunterstützung erhalten, als Ausgleich der Teuerung einzuführen;
3. die Richtsätze für alle Kinder zu erhöhen und einheitlich zu gewähren;

4. zur Abfederung der finanziellen Belastungen im Rahmen der Härtefallregelung des Grundgesetzgesetzes zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten für armutsgefährdete Haushalte auszuarbeiten und rasch umzusetzen;
5. die Sonderzahlungen bei Beschäftigten und Pensionistinnen/Pensionisten im Rahmen der Sozialunterstützung nicht anzurechnen;
6. die Mindeststandards auf die Armutsgefährdungsschwelle anzuheben.
7. Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, die Sozialhilfe armutsfest zu gestalten und insbesondere statt Höchstsätzen, Mindeststandards in der Höhe der Armutsgefährdungsschwelle einzuführen.
8. Dieser Antrag wird dem Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 6. Juli 2022

Thöny MBA eh.

Mösl MA eh.